



## Protokoll der Beratung am 06.03.2013

### I. Öffentlicher Teil

**Herr Maresch** eröffnet die Sitzung. Zu Beginn sind 8 ordentliche Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird mit Beginn der Beratung festgestellt. Ab dem Tagesordnungspunkt 5.3 sind 9 Mitglieder anwesend.

#### Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:
1.	Herr Maresch	DIE LINKE	Herr Selka	AUB	Bitte Anwesenheitsliste beachten
2.	Frau Giesecke	CDU/FLC	Frau Venter	DIE LINKE	
3.	Herr Hallmann	SPD/Grüne			
4.	Frau Leonhardt	AUB			
5.	Herr Möller	SPD/Grüne			
6.	Herr Richter	DIE LINKE			
7.	Frau Schädel	SPD/Grüne			
8.	Herr Dr. Schmidt	CDU/FLC			
9.	Frau Piduch	DIE LINKE			

#### TOP 1 Abstimmung zur Tagesordnung

**Herr Maresch** nimmt als Punkt 5.1 die Vorstellung des Antrages an die Stadtverordnetenversammlung zum Thema Teilhabeplan auf. Alle weiteren Tagesordnungspunkte unter Informationen verschieben sich dadurch. Er informiert darüber, dass zum Tagesordnungspunkt 5.4 Herr Méto Nowak, Mitglied des Sorbenrates des Landtages Brandenburg, Ausführungen zum Stand der Novellierung des Sorben/Wenden Gesetzes machen wird.

**Abst.: 8:0:0**

#### TOP 2 Protokollkontrolle

Das Protokoll der Beratung vom 06.02.2013 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

**Herr Richter** unterbreitet den Vorschlag, dass das Protokoll nicht mehr als Entwurf versendet wird, sondern gleich als Endfassung. Als Begründung führt er an, dass es kaum Änderungsvorschläge gibt und Papier eingespart werden sollte. Für den Fall, dass doch ein Änderungsvorschlag vorgetragen wird, kann dieser in das entsprechende Protokoll aufgenommen werden.

**Abst.: 8:0:0**

## TOP 5.1 Information zum Antrag an die Stadtverordnetenversammlung

**Herr Maresch** erläutert, dass er mit Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung einbringen möchte, der den Auftrag an den Oberbürgermeister beinhaltet, einen lokalen Teilhabeplan für die Stadt Cottbus aufzustellen. Der Vorschlag ist allen Mitgliedern des Ausschusses über die Fraktionen zugegangen. Er bittet darum, dass dieser in den nächsten Fraktionssitzungen, besprochen wird, damit er abschließend im April 2013 im Sozialausschuss diskutiert werden kann. Von Seiten Herrn Maresch wird angeboten, an der Diskussion in den Fraktionen teilzunehmen.

## TOP 5.2 Information zum Projekt Ausländerbehörde, Vergleich der kreisfreien Städte in Brandenburg

**Herr Konzack** stellt folgenden Vergleich zur Anzahl der Mitarbeiter und zum Arbeitsaufwand in der Ausländerbehörde dar:

Stadt	Anzahl Ausländer	Anzahl VZE	Fälle pro Mitarbeiter
Potsdam	7.275	10,6	690
Cottbus	4.630	6,6	614
Brandenburg	1.606	7,0	229
Frankfurt/Oder	2.672	5,0	536

In der Diskussion wurde die Frage nach den Gründen für die hohen Fallzahlen in den großen Städten erörtert, wobei im Ergebnis darauf verwiesen wurde, dass die Situation in den Städten sehr unterschiedlich ist und auch in jedem Fall sehr unterschiedliche Bedingungen zugrunde liegen.

**Herr Maresch** verweist darauf, dass das Einbürgerungsverfahren aus der Verantwortung des Landes auf die Kommunen übertragen werden soll.

**Herr Konzack** erläutert, dass auch die Stadt Cottbus bereits seit Anfang letzten Jahres durch den Städte- und Gemeindebund Brandenburg in das Verfahren zur geplanten Aufgabenübertragung einbezogen wurde. Die Vorbereitungen für die neue Zuständigkeit per 01.01.2014 werden getroffen.

## TOP 5.3 Information zum Netzwerk Inklusion

**Frau Segieth**, Projektkoordinatorin Jugendhilfe e. V., stellt das Netzwerk anhand einer Präsentation (Anlage 2) vor und übergibt eine Übersicht über die ersten Ergebnisse (Anlage 3).

In der Diskussion wird darauf eingegangen, dass es eine theoriereduzierte Berufsausbildung für Personen gibt, die Defizite im Lernen sowie in der sprachlichen und emotionalen Entwicklung haben. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, dass auch dieser Personenkreis einen Berufsabschluss erlangt und auf dem 1. Arbeitsmarkt vermittelbar ist.

**Herr Maresch** spricht an, dass es wichtig ist, dass diese Menschen einen Abschluss erhalten. In diesem Zusammenhang hebt er hervor, dass die Handwerkskammer und andere Institutionen für das Thema sensibilisiert werden müssen, da sie bisher bei entsprechenden Veranstaltungen trotz Einladung nicht erschienen sind.

**Herr Richter** führt aus, dass die Ergebnisse des Netzwerkes, die im August 2013 bekannt gegeben werden, Eingang bei der Erarbeitung des Teilhabeplanes finden sollen.

## TOP 5.4 Information zu sorbisch wendische Angelegenheiten

### Ausführungen zum Stand der Novellierung des Sorben/Wenden Gesetzes

**Herr Nowak**, Mitglied des Sorbenrates des Landtages Brandenburg, berichtet darüber, dass eine breite Öffentlichkeit in die Diskussion zur Novellierung des Gesetzes einbezogen wurde. Der Entwurf lag dem Landtag im Juni 2012 vor und die Anhörung im Hauptausschuss fand im November 2012 statt. Als Schwerpunkte, die noch zur Diskussion stehen, nannte er folgende:

- Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass ein Landesbeauftragter eingesetzt wird sowie, dass die Beauftragten für sorbisch wendische Angelegenheiten hauptamtlich tätig sind,
- er hebt hervor, dass dies für das Land ein Problem hinsichtlich der Konnexität darstellt,
- im Bildungsbereich stehen der bilinguale Unterricht und die Unterstützung der entsprechenden Träger und Einrichtungen im Mittelpunkt sowie die Bewerbung dieser Angebote durch die Schulen und das Schulamt.

In der Stadt Cottbus bestehen nach seiner Auffassung bereits gute Bedingungen, so dass es beispielgebend für das Land Brandenburg hervorzuheben ist.

In der Diskussion betont **Herr Weiße**, dass Cottbus zwar gut dasteht, aber dennoch das Engagement des Landes gefragt ist, um auch weiter vorwärtszukommen. Als Beispiel nennt er Sachsen, wo mehr von Seiten des Landes getan wird. In Bezug auf die gesunkene Nachfrage am sorbischen Gymnasium verweist er auf strukturelle Probleme, die bei den Zugangsbedingungen an Grundschulen beginnen. Im Stiftungsrat steht das Thema Schule nicht zur Diskussion, da die Zuständigkeit auf der Ebene des Landes liegt.

**Frau Giesecke** merkt an, dass Cottbus mehr als andere Städte leistet, obwohl ein Defizit im Haushalt besteht. Sie sieht darin einen Angriffspunkt für künftige Haushaltsdebatten, wenn das Land sich nicht entsprechend positioniert.

**Herr Nowak** bemerkt, dass eine Evaluation in Bezug auf die Schnittstellen durchgeführt und in diesem Zusammenhang auch eine Ursachenermittlung erfolgen wird.

### Informationen

**Herr Schurmann** kündigt für den 11.03.2013 den Besuch des Staatssekretärs im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Martin Gorholt, an. Er wird verschiedene Einrichtungen in Cottbus besuchen.

Im Weiteren spricht er die Berufung der Arbeitsgruppe „Sorbisch/Wendische Denkmale der Stadt Cottbus/Chóšebuz – Serbske pomniki města Chóšebuz“ für den Zeitraum vom 01.02.2013 bis 31.01.2016 an. Er informiert, dass dazu eine Vorlage zur Entscheidung durch den Oberbürgermeister (Anlage 4) erarbeitet wird, um die Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können.

## TOP 6 Sonstiges

### TOP 6.1 Information zum Auftrag Abrechnungswesen Kita an externe Dritte

**Frau Hansch** führt aus, dass ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) läuft, um einen externen Berater auszuwählen, der das Abrechnungswesen im Bereich der Kindertagesstätten untersucht. Der externe Berater hat unter anderem folgende Aufgaben:

- ein rechnergestütztes Arbeitsverfahren und eine Softwarenutzung einzuführen,
- die Mitarbeiter zu qualifizieren,
- Prüfungen bei den Trägern mit dem Ziel durchzuführen, einen angemessenen Zuschuss zu ermitteln.

Der zeitliche Ablauf gestaltet sich wie folgt:

- März 2013 Abschluss des IBV
- ab April 2013 Arbeitsaufnahme
- nach 4 bis 6 Wochen Vorlage der ersten Arbeitsergebnisse.

**Herr Hallmann** verweist auf eine Informationsveranstaltung am 12.03.2013, an der eine Vielzahl von Trägern aus dem Kita-Bereich teilnehmen wird. Er schlägt vor, dass die Verwaltung daran teilnimmt und die Veranstaltung genutzt wird, um zu informieren.

**Frau Giesecke** merkt an, dass ein offener Brief mit der Bitte um Teilnahme an alle Fraktionen gegangen ist. Ihrer Auffassung nach wird es innerhalb der Diskussion zu der Veranstaltung keine Lösung geben. Sie verweist darauf, dass bereits Diskussionen im Jugendhilfeausschuss stattgefunden haben und das Gebot besteht, unabhängig zu sein.

**Herr Richter** führt aus, dass er ein Fax von einem Träger erhalten hat, aus dem sich die Unterstellung ergibt, dass die Kitafinanzierung zusammenbricht. Er hat in Vorbereitung auf seine Teilnahme an der Informationsveranstaltung Fragen an den Träger übermittelt, die zu besprechen sind.

Er kommt der Aufforderung des Vorsitzenden des Sozialausschusses nach und wird in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

In Bezug auf den Hinweis, dass die Träger gegen die Stadt klagen wollen, erläutert **Frau Hansch**, dass Bedarfe finanziert werden und nicht Wünsche. Wenn sich Träger benachteiligt fühlen, ist es ihr gutes Recht den Weg der Klage zu nutzen.

Der öffentliche Teil endet um 18:40 Uhr.

Der Vorsitzende führt die Beratung im nicht öffentlichen Teil fort.

gez. Maresch  
Vorsitzender

gez. Zengler  
Protokollantin